

chinesisch-chinesische indirekte Handel gegenüber dem Vergleichszeitraum des vorigen Jahres nochmals um 155% auf rund 1 Mrd.US\$ gestiegen (vgl. LHB, 11.4. und 4.7.85; CP, 6.9.85; bei dem in CP angegebenen Wert von 1 Mrd.NT\$ handelt es sich wohl um einen Irrtum, da 40 NT\$=1 US\$) sind.

Nach statistischen Angaben des Außenhandelsamtes in Taipei hatte Taiwan bei seinen Ausfuhren nach Hongkong in den ersten drei Quartalen 1985 im Vergleich zum selben Zeitraum des Vorjahres eine Zuwachsrate von 929,8% bei Farbfernsehern, 486,2% bei Elektrorechnern, 200,1% bei Motorrädern und Mofas, 346% bei Fotoapparaten. Gleichzeitig sind die Ausfuhren von Motorrädern und Mofas nach Singapur ebenfalls um 927,8% gestiegen. Da Hongkong und Singapur selbst diese Waren herstellen und exportieren, wurde vermutet, daß die von ihnen eingeführten Produkte aus Taiwan zur Lieferung an das chinesische Festland bestimmt waren (LHB, 19.11.85).

Der steile Anstieg der indirekten Ausfuhren Taiwans nach dem chinesischen Festland ist darauf zurückzuführen, daß Beijing den Waren aus Taiwan einen begünstigten Zolltarif gewährt. Die Regierung in Beijing, für die Taiwan eine Provinz der VR China ist, belegt belegt die taiwanesischen Produkte zur Zeit mit 45% Importzoll (1979-1981 sogar vom Zoll befreit), während die Zolltarife für andere ausländische Güter bei 50-150% liegen. Angeblich werben zahlreiche Geschäftsleute anderer asiatischer Staaten um das Brandzeichen "Made in Taiwan" für ihre Waren, um somit den niedrigeren Zollsatz in China beanspruchen zu können. Auch Geschäftsleute aus Taiwan kaufen in anderen Staaten billige Ware ein und liefern sie mit gefälschtem Etikett an das chinesische Festland (DGB, 21.8.85).

Aus politischer Überlegung verbietet Taiwan einerseits nach wie vor jeglichen direkten Kontakt mit den chinesischen Kommunisten, doch sieht die Regierung andererseits aus wirtschaftlichem Interesse die Expansion der indirekten Ausfuhren nach drüben mit Genugtuung. Besonders seit dem 4.Quartal 1984 ist dieser blühende Exportzweig zu einer Vitalsspritze für den sich in einer Rezession befindenden Gesamt Außenhandel Taiwans geworden. Um uneinkalkulierbare politische Risiken für Exporteure auszuschalten, wurde in letzter Zeit eine klare Politik zum indirekten chinesisch-chinesischen Handel von der Regierung verlangt. Gewünscht wird auch eine Importliberalisierung für Produkte aus dem chinesischen Festland, weil von dort

nicht nur Hongkong und Singapur, sondern jetzt auch Südkorea Rohstoffe, vor allem Baumwolle, zu günstigen Preisen beziehen können und dies Taiwan bei der Konkurrenz auf dem Weltmarkt viel zu schaffen macht. Im letzten Jahr wurde bereits das Importverbot für Waren aus dem chinesischen Festland teilweise gelockert, und es dürfen auch einige Sorten chinesischer Medikamente und Lebensmittel, die Taiwan selbst nicht produziert und auch nicht von anderswo beziehen kann, über Hongkong oder ein anderes Drittland eingeführt werden. -ni-

*(36)

Steuerreform

Am 5.November hat das Gesetzgebungsorgan (Parlament) eine Gesetzesnovelle verabschiedet, die eine Ablösung der bislang geltenden Umsatzsteuer durch Mehrwertsteuer vorsieht. Allerdings ist das neue Gesetz noch nicht in Kraft getreten; es wird der Regierung überlassen, einen passenden Termin für die Inkraftsetzung der großen Steuerreform festzulegen (vermutlich im März 1986). Bereits im Jahr 1967 wurde in der Steuerreform-Kommission über eine Vereinfachung des Gewerbesteuer-Systems durch Abschaffung der Umsatz-, Stempel- sowie Gütersteuer und stattdessen Einführung der Mehrwertsteuer diskutiert. 1977 verfaßte das Finanzministerium den ersten Entwurf und gründete ein Vorbereitungs-Komitee. Aber erst am 1.November des vorigen Jahres wurde vom Exekutivorgan (Kabinett) dem Parlament ein endgültiger Entwurf vorgelegt. Bis zur Verabschiedung des neuen Gesetzes hat es also fast zwanzig Jahre gedauert.

Die Verzögerung der Steuerreform ist vor allem auf die Überlegung zurückzuführen, daß die Mehrwertsteuer, die ja die Endverbraucher tragen müssen, die Preise beeinflussen könnte. Die derzeitige Preisstabilität war wohl der Anlaß für die Regierung, diese Befürchtungen aufzugeben. Nach den Bestimmungen des neuen Gewerbesteuer-Gesetzes zahlen die allgemeinen Gewerbe 5-10% des Mehrwerts zwischen den Ein- und Verkaufspreisen als Steuer an den Staat, und zwar anfangs mit dem niedrigen Satz von 5%. Die Geld- bzw. Versicherungsinstitute brauchen prinzipiell nur 5% Mehrwertsteuer zu zahlen, und für die Rückversicherungen gibt es den noch günstigeren Steuersatz von 1%. Die kleinen Gewerbe werden nach wie vor mit einer Umsatzsteuer von 1% veranlagt. Eine höhere Mehrwertsteuer müssen Vergnügungsgeschäfte wie Nachtlokale mit Vorführungen (15%), Restaurants, Teestuben, Cafes und Bars mit Mädchen (25%) an den Fiskus abführen (LHB,

1. und 6.11.85).

Äußerlich vermindern sich die Steuerquellen des Staates nach Einführung der Mehrwertsteuer, doch können die Finanzbehörden kraft des Abschreibungssystems von Mehrsteuern die Firmeneinnahmen effektiver feststellen. Neben der Gewerbesteuer müssen Firmen und deren Besitzer noch Einkommensteuer (Körperschaftssteuer und allgemeine Einkommensteuer) leisten, die, so hofft man, ebenfalls durch die Einführung von Mehrwertsteuern besser unter Kontrolle zu bringen sein werden - die Hinterziehung von Einkommensteuern wird in Taiwan auf eine Summe geschätzt, die 3/5 des BSP entspricht! Unternehmer klagen allgemein über die Steuerüberbelastung, vor allen Dingen über die eben genannte doppelte Einkommensteuer mit dem gestaffelten Spitzensatz von über 70%. Ohne Steuervergehen, so sagt man, müßten viele Firmen um ihre Existenz bangen (Shibao Zazhi, Taipei, 13.11.85). Trotz energischer Forderungen der Wirtschaft wurde eine Zusammenlegung der sich überlappenden Einkommensteuern von der Regierung nicht akzeptiert. Allerdings will sie im Zusammenhang mit der bevorstehenden Einführung von Mehrwertsteuern durch eine Novellierung der Einkommensteuersätze für 1986 die Spitzenverdiener mit einem kleinen Bonus trösten; dies bedeutet eine Herabsetzung des höchsten allgemeinen Einkommensteuersatzes von 60% auf 50% und des höchsten Gewerbeeinkommensteuersatzes von 30% auf 25%. Gleichzeitig sollen die allgemeinen Einkommenstufen von 15 auf 13 reduziert werden. Durch die Anhebung der Untergrenze für die Veranlagung allgemeiner Einkommensteuer von 75.000 NT\$ auf 80.000 NT\$ (40 NT\$=1 US\$) im Nettobetrag muß die untere Gruppe des Mittelstandes einen Teil der Zeche zahlen (vgl. ZYRB, 22.11.85). -ni-

HONGKONG

*
*
* * * * *

*(37)

Beijing warnt Hongkong vor drastischen politischen Reformen

In letzter Zeit zeigte sich Beijing sehr beunruhigt über die in Hongkong eingeleiteten politischen Reformen. Anlaß waren die Teilwahlen vom 27.September zum Legislativrat der britischen Kolonie (s.dazu C.a. Sept.1985, S.606, Ü 48). Nach einem im letzten Jahr herausgegebenen "WeiBbuch" plante die Hongkonger Regierung, 1985-1987 die Zahl der "offiziellen" Mitglieder des Legislativrats zu reduzieren und gleichzeitig einen großen Teil der "inoffiziellen"

Mitglieder durch direkte bzw. indirekte Wahlen zu bestimmen. Das Endziel ist, vor der Übergabe der Souveränität Hongkongs an Beijing 1997 eine parlamentarische Demokratie einzuleiten.

Gegenüber einer Delegation von Architekten aus Hongkong wies Ji Pengfei, Direktor des Büros für die Angelegenheiten Hongkongs und Macaus unter dem chinesischen Staatsrat, am 19. Oktober darauf hin, daß Hongkongs Regierungsform nach 1997 von einem chinesischen Grundgesetz für Hongkong als einer Sonderregion Chinas bestimmt sein werde und die Regierungsreform sich daher auch während der Übergangsperiode nach dem geplanten Grundgesetz orientieren sollte (das Grundgesetz wird vermutlich erst 1988 vom chinesischen Nationalen Volkskongreß verabschiedet). Er ergänzte wörtlich noch: "Wir hoffen, daß während der Übergangsperiode keine drastischen Veränderungen in Hongkong geschehen" (DGB, 21.10.85). In einem Gespräch mit einer Delegation des Hongkonger Baptist College betonte Ji am 19. November, daß das künftige politische System Hongkongs mit dessen Realitäten und Besonderheiten übereinstimmen sowie für dessen Stabilität und Entwicklung nützlich sein müsse. Eine offenkundige Sonderheit Hongkongs nach der Rückkehr nach China sei: "Es wird kein unabhängiger Staat, sondern nur eine Sonderregion mit kapitalistischem System unter der Führung Chinas sein" (Wen Wei Po, 9.11.85, nach SWB, 11.11.85).

Auf einer Pressekonferenz ging Xu Jiatus, Leiter des Büros der amtlichen chinesischen Presseagentur in Hongkong und ranghöchster Vertreter Beijings in der Kolonie, noch ausführlicher auf die Frage ein und warnte die britische Regierung vor einer Einführung des Parlamentarismus in Hongkong. Er glaube, so sagte er, daß London diese Frage mit Weisheit und voller Verantwortung überlege. Er kritisierte den in Hongkong verbreiteten Slogan: "Große Veränderungen in den kommenden 12 Jahren und keine Veränderung in den 50 Jahren danach" (DGB, 23.11.85).

In Hongkong wurde Beijings scharfe Reaktion auf die politische Reform der Kolonie als ein Versuch Chinas bewertet, sich in die Verwaltung der Kolonie schon während der Übergangszeit einzumischen. Am Tag nach der Rede Xu's rutschte der Aktienkurs an der Hongkonger Börse um fast 50 Punkte herunter. -ni-

*
*
*
*
*
*
*
*

OSKAR WEGGEL

"Acht Gemeinsamkeiten, sechs

günstige Bedingungen"

- China und Lateinamerika anläß-

lich der Visite Zhao Ziyangs -

*
*
* * * * *

Gliederung:

1. Flächendeckende Reiseprogramme
2. Offizielle Grundsätze chinesischer Lateinamerikapolitik
3. Warum ausgerechnet Kolumbien, Brasilien, Argentinien und Venezuela?
4. Welche Ziele wurden mit der Reise verfolgt?
 - 4.1. Ziele, die keine Rolle gespielt haben
 - 4.2. Nationale (Wiedervereinigungs-)Gesichtspunkte: Taiwan und Lateinamerika
 - 4.3. Antihegemonistische Gesichtspunkte
5. Der Stand der chinesisch-lateinamerikanischen Beziehungen am Vorabend des Zhao-Besuchs: wirtschaftliche und diplomatische Beziehungen
6. Das Reiseprogramm
 - 6.1. Erste Station: Kolumbien (28.-30.10.85)
 - 6.1.1. "Acht Punkte" der Gemeinsamkeit
 - 6.1.2. Die Verschuldungskrise
 - 6.1.3. Die chinesisch-kolumbianischen Beziehungen
 - 6.2. Zweite Station: Brasilien (31.10.-5.11.85)
 - 6.2.1. "Sechs günstige Bedingungen"
 - 6.2.2. Die chinesisch-brasilianischen Beziehungen
 - 6.2.3. Perspektiven beim Handel - und vielleicht auch bei der militärischen Zusammenarbeit
 - 6.3. Dritte Station: Argentinien (5.-9.11.85)
 - 6.4.

Vierte Station: Venezuela (9.-13.11.85)
7.
Die Bilanz aus der Sicht Zhao Ziyangs

1. Flächendeckende Reiseprogramme

Drei chinesische Spitzenpolitiker haben sich in den vergangenen Jahren auf flächendeckende Auslandsreisen "spezialisiert", nämlich Staatspräsident Li Xiannian, der z.B. im März 1985 Birma und Thailand besuchte (1), Generalsekretär Hu Yaobang, der seit 1983 mehrere Länder bereiste, u.a. Anfang 1985 die südpazifische Region, vor allem aber Ministerpräsident Zhao Ziyang, der vom 20. Dezember 1982 bis 17. Januar 1983 zehn afrikanische Länder besucht hatte, der im April 1983 in Neuseeland und Australien, im Januar 1984 in den USA und Kanada, im Juni 1984 in Frankreich, Belgien, Schweden, Dänemark, Norwegen und Italien und schließlich im Juni 1985 in der Bundesrepublik, in den Niederlande und in Großbritannien vorsprach. Außerdem war er im Januar/Februar 1981 in Birma und Thailand, im Juni 1981 in Pakistan, Nepal und Bangladesh und im August 1981 in Malaysia, Singapur und Thailand.

Ein Teil Südostasiens, Südasien und Ostasiens (Zhao war auch bereits in Nordkorea und Japan) sowie Afrikas, Lateinamerikas und Westeuropas ist damit "abgehakt". Was nun noch fehlt, ist der Nahe Osten sowie Osteuropa. Beide sind vielleicht noch 1986 oder 1987 an der Reihe. Möglicherweise schließt sich auch noch eine zweite flächendeckende Restafrikareise an. Später werden dann noch Besuche von Einzelländern nötig sein - man denke vor allem an Indonesien, Indien und vielleicht sogar an die Sowjetunion. Letzteres wird allerdings nur dann zu erwarten sein, wenn sich die bilateralen Verhältnisse zum nördlichen Nachbarn weiter "normalisiert" haben.

1985 ist nun für Zhao zum Jahr Lateinamerikas geworden. Es war der erste offizielle Lateinamerika-Besuch eines chinesischen Ministerpräsidenten, obwohl Zhao bereits vom 21. bis 27. Oktober 1981 an der Nord-Süd-Konferenz in Cancun in Mexiko teilgenommen hatte - damals allerdings, wie dieser Zweck anzeigt, in einem anderen Zusammenhang.

Zhao konzentrierte sich aus Zeitgründen auf die nach chinesischer Ansicht wichtigsten Länder des Kontinents, nämlich auf Kolumbien, Brasilien, Argentinien und Venezuela. Er ließ sich für diese Reise immerhin 14 Tage Zeit, nämlich vom 28. Oktober bis 12. November.